

**Nr. 16/291 S**

**Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:**

Handlungskonzept für eine Bürgerstadt

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 21. Januar 2005

(Drucksache 16/291 S)

**Nr. 16/292 S**

**Fragestunde**

1. Zukunft der KTH-Standorte in Osterholz-Tenever

Anfrage der Abgeordneten Jens Crueger, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. April 2005

2. Künftige Nutzung der Turnhallen Gottfried-Menken-Straße und Kornstraße für den Vereinssport

Anfrage der Abgeordneten Jürgen Pohlmann, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 13. April 2005

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

**Nr. 16/293 S**

**Aktuelle Stunde**

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

**Nr. 16/294 S**

**Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 148. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen-Osterholz südlich Osterholzer Heerstraße (Hausnummern 79 A bis 83) und westlich Schmidt-Barrien-Weg (Bebauungsplan 2322)**

Mitteilung des Senats vom 5. April 2005

(Drucksache 16/307 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

**Nr. 16/295 S**

**Überseestadt zukunftsorientiert entwickeln**

Mitteilung des Senats vom 5. April 2005

(Drucksache 16/308 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## **Nr. 16/296 S**

### **Überseestadt – Konzentration auf Entwicklungskerne statt Gewerbeflächen-Vor-ratshaltung**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 19. April 2005  
(Drucksache 16/312 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

## **Nr. 16/297 S**

### **Überseestadt gezielt entwickeln**

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU  
vom 20. April 2005  
(Drucksache 16/314 S)

1. Der Senat wird aufgefordert, die Überseestadt als Gewerbe-, Dienstleistungs- und Wohnstandort durch die entsprechende Schwerpunktsetzung bei der Investitionsplanung in geeigneter Weise zu gewichten sowie durch Vorlage eines Marketingkonzeptes – gleichrangig zum Technologiepark Universität – eine deutliche Priorität auf die Vermarktung dieses neuen Stadtentwicklungsbereichs zu setzen. Die im Beirat Überseestadt entwickelte Einbeziehung der ansässigen Unternehmen, von Organisationen und Experten sowie des bürgerschaftlichen Engagements und der anliegenden Beiräte soll fortgesetzt und – wo möglich – zu einem transparenten Stadtentwicklungsprozess mit Beteiligungsforen ausgeweitet werden.
2. Der Senat wird aufgefordert, eine Aktualisierung und Präzisierung des Masterplans mit zeitlichen Prioritäten für die schrittweise innere Entwicklung vorzulegen. Öffentliche Investitionen sind bei angemessenem Mitteleinsatz an hinreichend begründete private Investitionsaktivitäten und stadtentwicklungspolitische Erfordernisse zu knüpfen.
3. Wo immer es angesichts der Immissionsverhältnisse vertretbar und immissionschutzrechtlich möglich ist, soll – unter Nutzung innovativer und in anderen gewerbenahen Gebieten angewandter Verfahrensregeln – Wohnnutzung vorgesehen werden. Der Senat wird aufgefordert, ein Konzept „Wohnen in der Überseestadt“ vorzulegen.
4. Die Weiterentwicklung bestehender und Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe ist zu gewährleisten. Der Bestandsschutz der Unternehmen in der Überseestadt ist weiterhin in zugesagter Weise aufrecht zu erhalten.
5. Der Senat wird aufgefordert, einen Bericht über den Finanzstatus des Sondervermögens Überseestadt sowie über Finanzplanung, Mittelverpflichtung und geplanten Mittelabfluss für die einzelnen Projekte vorzulegen.
6. Die Berichte und Konzepte zur weiteren Entwicklung der Überseestadt sind der Stadtbürgerschaft bis Ende 2005 im Zusammenhang mit einem Vorschlag vorzulegen, aus dem hervorgeht, mit welcher operativen Einheit die Entwicklung der Überseestadt unter Bündelung stadtentwicklungspolitischer und wirtschaftspolitischer Kompetenzen zukünftig vorangetrieben werden soll.

## **Nr. 16/298 S**

### **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 32 vom 5. April 2005**

(Drucksache 16/310 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.